

**Kleine Anfrage**

**des Abg. Stefan Teufel CDU**

**und**

**Antwort**

**des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung,  
Familie, Frauen und Senioren**

**Jungen- und Männergesundheit in Baden-Württemberg**

**Kleine Anfrage**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie den Bericht zu „Jungen- und Männergesundheit in Baden-Württemberg 2015“ allgemein, im Hinblick auf andere Bundesländer und im Hinblick auf die vergangenen Jahre?
2. Plant sie weitere Aktivitäten und Maßnahmen rund um dieses Thema?
3. Wie kann aus ihrer Sicht erreicht werden, dass die zahlreichen Empfehlungen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, -förderung und -bildung von Jungen und Männern sowie für die Gesundheitsforschung und -verwaltung breit aufgegriffen und ins Gespräch gebracht werden können?
4. Gibt es einen Grund, weshalb beispielsweise die Jungen- und Männerperspektive nicht in der Landesgesundheitskonferenz vertreten ist?
5. Wie können Vertreter zum Thema Jungen- und Männergesundheit aus ihrer Sicht noch besser in die gesundheitspolitischen Strukturen in Baden-Württemberg eingegliedert werden?

23. 09. 2015

Teufel CDU

### Begründung

Die Kleine Anfrage beschäftigt sich mit dem Jungen- und Männergesundheitsbericht 2015 und der besseren Einbindung der Vertreter dieses Bereichs in die gesundheitspolitischen Strukturen in Baden-Württemberg.

### Antwort

Mit Schreiben vom 19. Oktober 2015 Nr. 51-0141.5/15/7432 beantwortet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren die Kleine Anfrage wie folgt:

*Ich frage die Landesregierung:*

*1. Wie bewertet sie den Bericht zu „Jungen- und Männergesundheitsbericht in Baden-Württemberg 2015“ allgemein, im Hinblick auf andere Bundesländer und im Hinblick auf die vergangenen Jahre?*

Der vom Steinbeiss-Transferzentrum im Auftrag des Sozialministeriums erstellte Bericht zur gesundheitlichen Lage von Jungen und Männern in Baden-Württemberg kommt zu einem erfreulichen Ergebnis. Das umfangreiche Datenmaterial zeigt auf, dass die gesundheitliche Lage der Menschen in Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich „weit überdurchschnittlich gut“ ist und dass dies auch für Jungen und Männer zutrifft. Wie in allen anderen Bundesländern auch zeigt sich eine starke Soziallagenabhängigkeit bei der gesundheitlichen Lage der Jungen und Männer.

Die Lebenserwartung eines Mannes bei Geburt liegt in Baden-Württemberg mit 79,2 Jahren bundesweit derzeit auf Platz 1. Dabei ist der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen vergleichsweise gering, er liegt aber immer noch bei 4,4 Jahren. Jedoch ist erwähnenswert, dass dem Bericht zufolge die männliche Sterblichkeit an Verletzungen, vor allem an Unfällen, gegenüber Deutschland in Baden-Württemberg erhöht ist. Dies betrifft insbesondere die Altersgruppe ab 65 Jahre. Bei näherer Betrachtung der Befunde aus anderen Datenquellen zeigt sich jedoch, dass ältere Männer in Baden-Württemberg sportlicher aktiv sind und dadurch auch häufiger von Freizeitunfällen betroffen sind. Daraus leiten die Verfasser des Berichts ab, dass die älteren Männer in Baden-Württemberg insgesamt überdurchschnittlich aktiv sind und aus diesem Grund eventuell auch häufiger in tödliche Unfälle verwickelt sein könnten.

*2. Plant sie weitere Aktivitäten und Maßnahmen rund um dieses Thema?*

Im gemeinsam mit allen Akteuren und mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Patientinnen und Patienten entwickelten Gesundheitsleitbild Baden-Württemberg ist festgelegt, dass Erkenntnisse der Gender-Medizin, aber auch notwendige Differenzierungen des Bedarfs nach Alter, Behinderung, sozialer, ethnischer oder kultureller Herkunft beachtet werden sollen.

Vor diesem Hintergrund kommt nach Auffassung der Landesregierung der Gesundheitsförderung und Prävention beim Thema Jungen- und Männergesundheits eine hohe Bedeutung zu. Die mit dem Gesundheitsleitbild eingeschlagene Richtung, Gesundheitsförderung und Prävention insbesondere im Setting zu stärken, ist hier ein wichtiger Ansatz. Die Autoren des Berichts legen nahe, dass das betriebliche Gesundheitsmanagement ein zielführender Ansatz ist, um Jungen und Männer zu erreichen. Auch im Rahmen des Präventionsgesetzes des Bundes sollen gerade diese Aktivitäten in der Gestaltung einer gesundheitsförderlichen Lebensumwelt ausgebaut werden. Im vorgestellten Jungen- und Männergesundheitsbericht für Baden-Württemberg wird dargelegt, dass gerade Männer über den Setting-Ansatz am erfolgreichsten zu erreichen sind. Insbesondere ab dem mittleren Lebensalter können sie in den Betrieben vor Ort sehr gut von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention erreicht werden.

Außerdem stellt der Bericht eine gute Datenbasis dar, damit das Thema in den kommunalen Gesundheitskonferenzen in allen Land- und Stadtkreisen aufgegriffen werden kann.

- 3. Wie kann aus ihrer Sicht erreicht werden, dass die zahlreichen Empfehlungen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, -förderung und -bildung von Jungen und Männern sowie für die Gesundheitsforschung und -verwaltung breit aufgegriffen und ins Gespräch gebracht werden können?*

Der Jungen- und Männergesundheitsbericht beschreibt eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen mit Anknüpfungspunkten an vorhandene Strukturen auf Landes- und Kreisebene. Die genannten Schwerpunkte „Gesund und aktiv älter werden“ und „Gesund aufwachsen“, zugleich Bundes- und Landesgesundheitsziele, sind anschlussfähig an die Grundaussagen und Leitsätze im Gesundheitsleitbild Baden-Württemberg. Danach sollen, wie oben dargestellt, Angebote und Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention zielgruppenorientiert für alle Menschen unabhängig von sozialem Status, Alter, Herkunft und Geschlecht zugeschnitten sein sowie Erkenntnisse der Gender-Medizin berücksichtigt werden. Die Inhalte des Gesundheitsleitbilds sind ein zentraler Orientierungsrahmen sowohl für die Landesgesundheitskonferenz, somit einschließlich aller Beteiligten des Gesundheitswesens in Baden-Württemberg, als auch für die Stadt- und Landkreise mit den Kommunalen Gesundheitskonferenzen.

Vor diesem strukturellen Hintergrund sind die Landesgesundheitskonferenz sowie die weiteren Fachgremien des Sozialministeriums zusammen mit den Dienstbesprechungen des Landesgesundheitsamts für die Kommunalen Gesundheitskonferenzen wichtige Plattformen, die Handlungsempfehlungen des Jungen- und Männergesundheitsberichts aufzugreifen.

- 4. Gibt es einen Grund, weshalb beispielsweise die Jungen- und Männerperspektive nicht in der Landesgesundheitskonferenz vertreten ist?*

- 5. Wie können Vertreter zum Thema Jungen- und Männergesundheit aus ihrer Sicht noch besser in die gesundheitspolitischen Strukturen in Baden-Württemberg eingegliedert werden?*

Die Landesgesundheitskonferenz dient der Weiterentwicklung des Gesundheitswesens in Baden-Württemberg, dabei stützt sie sich auf das Gesundheitsleitbild. Im Gesundheitsleitbild des Landes Baden-Württemberg wird in den Grundaussagen für alle Leitsätze zusammengefasst, dass alle Menschen unabhängig von sozialem Status, Alter, Herkunft oder Geschlecht eingeschlossen sind und Erkenntnisse der Gender-Medizin, aber auch notwendige Differenzierungen des Bedarfs nach Alter, Behinderung, sozialer, ethnischer oder kultureller Herkunft beachtet werden. Auf dieser Grundlage sollen dort die aufgegriffenen Themen unter Berücksichtigung des Gender Aspektes behandelt werden. Alle Akteure im Gesundheitswesen sind vor diesem Hintergrund gehalten, die Jungen- und Männerperspektive zu beachten. Da es sich um ein Querschnittsthema handelt, bedarf es keiner gesonderten Vertretung.

Im Entwurf des Landesgesundheitsgesetzes (Gesetz zur Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und der Vernetzung aller Beteiligten des Gesundheitswesens in Baden-Württemberg und zur Änderung anderer Gesetze) ist der Teilnehmerkreis der Landesgesundheitskonferenz geregelt. Darüber hinaus kann die Landesgesundheitskonferenz anlassbezogen Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Institutionen einladen, so auch zum Thema Jungen- und Männergesundheit.

Aus Sicht des Sozialministeriums wäre es sinnvoll, wenn das Thema Jungen- und Männergesundheit im Landesausschuss für Gesundheitsförderung und Prävention aufgegriffen wird, der nach dem Inkrafttreten des Landesgesundheitsgesetzes eingerichtet werden wird.

Altpeter

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,  
Familie, Frauen und Senioren